

V-01 Beschluss Grüne Eckpunkte für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: Beschlüsse (vorläufig)

- 1 Wir Grüne stehen für konsequenten Umwelt-, Tier- und Klimaschutz und kämpfen für
2 gute
3 Qualität der Böden, sauberes Wasser und reine Luft. Wir machen uns stark für den
4 Schutz der
5 Arten, die auf unserem Planeten leben. Auf diese Grundlage beruht Grüne Agrarpolitik.
- 6 Verbraucher*innen sind auf gesunde und bezahlbare Nahrungsmittel angewiesen und
7 Bäuer*innen
8 in Europa wie in anderen Ländern auch auf faire Bedingungen am Markt. Daher
9 brauchen wir
10 eine global gerechte Agrarwende hin zu einer ökologischen europäischen
11 Landwirtschaft, die
12 die Vielfalt der Regionen Europas berücksichtigt. Wir wollen eine konsequente
13 Umsetzung der
14 17 Ziele der Agenda 2030 der UNO (Sustainable Development Goals). Insbesondere ist
15 die
16 Umsetzung der Ziele nachhaltige Landwirtschaft, verantwortungsvoller Konsum und
17 das Leben
18 auf dem Land für eine europäische nachhaltige und faire Landwirtschaft wichtig.
- 19 Wir streiten seit langem dafür, bestehende Spielräume für die Agrarwende im Rahmen
20 der
21 Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) auf mitgliedstaatlicher Ebene
22 auszunutzen. Für die GAP nach 2020 fordern wir eine ziel- und leistungsorientierte
23 Förderpolitik, die mit Instrumenten des Fachrechts, der Marktordnung und der
24 Handelspolitik
25 abgestimmt ist. Solch eine Neuausrichtung der GAP muss die gesamte
26 Wertschöpfungskette von
27 den landwirtschaftlichen Vorstufen über die Produktion, den Handel und die
28 Verarbeitung bis
29 hin zu den Verbraucher*innen in den Blick nehmen. Unser agrar- und
30 ernährungspolitisches
31 Ziel ist es, alle Menschen mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen, die Grenzen
32 unseres
33 Planeten zu respektieren und dabei regionale Wirtschaftspotentiale hier wie außerhalb
34 der EU
35 zu entwickeln.
- 36 Europas gemeinsame Agrarpolitik wurde eingeführt, um unter anderem eine stabile
37 Versorgung
38 mit bezahlbaren Lebensmitteln sicherzustellen. Seit 2003 werden 70 Prozent der GAP-
39 Subventionen, also rund 40 Milliarden, über die so genannte 1. Säule als pauschale
40 Flächenprämie an die Betriebe ausgeschüttet. Diese leistungsungebundenen

Zahlungen belohnen

25 lediglich Besitz und Größe und verstärken so das „Wachsen oder Weichen“ in der
26 Landwirtschaft. Durch das sogenannte Greening wurde zwar ein Teil der Zahlungen
seit 2013 an
27 Umweltleistungen gekoppelt, die Anforderungen wurden jedoch im Zuge der
Verhandlungen stark
28 aufgeweicht. Die anderen 30 Prozent des GAP-Budgets werden als leistungsgebundene
2. Säule
29 für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes und für Klima-, Tier-, Arten-
oder
30 Naturschutz verwendet. So entspricht die 2. Säule stärker dem Grundsatz „öffentliches
Geld
31 für öffentliche Güter“. Diese Gelder müssen im Gegensatz zu den Direktzahlungen der
1. Säule
32 durch die Bundesländer kofinanziert werden.

33 Auch nach der GAP-Reform von 2013 gingen der dramatische Strukturwandel hin zu
immer weniger
34 und immer größeren Betrieben und das Höfesterben in der bäuerlichen Landwirtschaft
weiter.
35 Die Ausrichtung der GAP auf Kostenführerschaft und Export erwies sich als Sackgasse
für
36 viele Betriebe. Zudem zeigte sich, dass die Maßnahmen zum Schutz des Klimas, des
Bodens, der
37 Gewässer und der Arten bei weitem nicht ausreichen. Denn Billigessen ist nur an der
Kasse
38 billig. Die Folgekosten der fortschreitende Intensivierung der Landwirtschaft etwa
durch
39 Trinkwasseraufbereitung, Sanierung von Gewässern, Naturschutzmaßnahmen zum
Ausgleich für die
40 schwindende Artenvielfalt oder Kosten im Gesundheitssystem, tragen nicht die
41 Verursacher*innen sondern die öffentliche Hand. Somit zahlen Steuerzahler*innen
dreifach für
42 Lebensmittel: An der Ladentheke, durch Steuergelder im Rahmen der GAP und durch
Steuergelder
43 für die externalisierten Kosten industrieller Landwirtschaft. Viele kleine Betriebe
hingegen
44 können im Wettbewerb mit der Agrarindustrie oft nicht mithalten – obwohl sie
produzieren,
45 was europäische Verbraucher*innen zunehmend nachfragen: regional, saisonal oder
bio.

46 Die gemeinsamen Herausforderungen der EU wie beispielsweise die Bekämpfung der
47 Jugendarbeitslosigkeit und der Brexit, durch den die EU einen Nettozahler verlieren
wird,
48 erhöhen den Druck auf den EU-Haushalt und somit auch den Druck zu
Ausgabenkürzungen im
49 Agrarhaushalt. Für uns ist aber klar: Die europäische Agrarwende braucht die
Unterstützung
50 der öffentlichen Hand - allerdings anders als bisher. Landwirt*innen sollen vergütet
werden
51 - wenn sie gesellschaftliche Ziele umsetzen, die über den gesetzlichen Standard

hinausgehen.

- 52 Zentral ist die Schaffung von zusätzlichen ökologischen Vorrangflächen. Zudem sollen
mehr
53 biodiversitätsfördernde Maßnahmen wie z.B. Blühstreifen, Hecken und
Felderchenfenster
54 gefördert werden.
55 In einer Politik unter dieser Prämisse kann die klassische Agrarförderung als
56 unkonditionierte Leistung nicht erhalten bleiben. Um die GAP neu zu legitimieren, soll
sie
57 folgende Eckpunkte umfassen.

58 **Zehn Eckpunkte für die GAP nach 2020**

59 **1. Schutz der Artenvielfalt, Gewässer und Böden**

- 60 Monokulturen, Pestizide, ein zu hoher Nährstoffeinsatz, schwere Geräte auf den Äckern
und
61 Flächenverbrauch schädigen unsere Natur besorgniserregend. Die Zahl an
ausgestorbenen und
62 bedrohten Arten hat dramatische Ausmaße angenommen. Bisherige Bemühungen um
Greening,
63 Förderung von Blühstreifen, Fruchtfolgeauflagen oder integrierter Pflanzenschutz
wurden
64 regelmäßig soweit aufgeweicht, dass die Maßnahmen nicht den notwendigen Erfolg
gezeigt
65 haben. Eine Ökologisierung der Landwirtschaft soll grundlegende Zielsetzung der GAP
sein,
66 damit unsere Landschaft nicht weiter in Schutz- und Schmutzgebiete auseinander
driftet.
67 Landwirtschaftliche Flächen müssen gleichzeitig Lebensraum für Vögel, Insekten,
wildlebende
68 Kleintiere und Wildkräuter sein. Maßnahmen zum Erhalt und Verbesserung der
natürlichen
69 Bodenfruchtbarkeit und Gewässerreinigung müssen honoriert werden. Es müssen
deutliche
70 Regeln für den Verzicht auf Pestizide, für weniger Nährstoffeinsatz, Fruchtfolgen und
71 natürliche Flächen wie zum Beispiel Gewässerrand- oder Blühstreifen sowie Hecken
gesetzt
72 werden. Auch in Naturschutzgebieten wird Landwirtschaft betrieben. Das widerspricht
dem Ziel
73 des Naturschutzes, daher soll der Einsatz von Pestiziden in Naturschutzgebieten nicht
mehr
74 gestattet sein.

75 **2. Klimaschutz**

- 76 18 Prozent der durch den Menschen verursachten Treibhausgase werden in der
Landwirtschaft
77 erzeugt. Die industrielle Tierhaltung verursacht große Mengen klimaschädlicher Gase
wie

78 Lachgas und Methan. Zudem setzen großflächige Urwaldabholzung für Futtersoja und
Palmöl, die
79 Zerstörung von Moorböden und der ungezielte und übermäßige Einsatz von
Stickstoffdünger in
80 der Agrarwirtschaft große Mengen an Treibhausgasen frei. Politisch muss deshalb die
81 gentechnikfreie Futtermittelerzeugung vor Ort, der Schutz von Wäldern, Mooren und
82 klimaschützender Ackerbau ohne CO₂-intensive Inputs unterstützt werden.
Massentierhaltung
83 muss beendet werden. Die Tierhaltung muss flächengebunden an die naturräumlichen
84 Voraussetzungen angepasst werden - dort, wo das Futter von weit her gekarrt werden
muss,
85 sollten weniger Tiere gehalten werden. Für die gegenwärtig praktizierte Tierhaltung
haben
86 wir weder die Ackerflächen, um Futtermittel umweltverträglich anzubauen. Noch wird
es uns
87 gelingen, die anfallenden Güllemassen so auszubringen, dass sie von Pflanzen und
Boden
88 tatsächlich in einem verträglichen Maß aufgenommen werden können.

89 **3. Tierschutz**

90 Die rasante Veränderung landwirtschaftlicher Betriebe hat in den letzten Jahrzehnten
zu
91 großem Tierleid geführt. Es sind Haltungsformen und Zuchtlinien entstanden, die
Qualzuchten
92 darstellen, die Tiergesundheit negativ beeinflussen und ethisch nicht tolerierbar sind.
93 Zudem wird die Erhaltung vielfältiger und regional angepasster Tierrassen, der Beitrag
von
94 Tieren zu Kulturlandschaften und die biodiversitätsfördernde und besonders
tiergerechte
95 Beweidung nicht ausreichend honoriert. Den Umbau zu einer gesellschaftlich
akzeptierten
96 Tierhaltung soll ein besonderes Augenmerk eingeräumt werden. Wir fordern deshalb,
die GAP-
97 Mittel verstärkt für den Umbau der Tierhaltung einzusetzen. Dabei sollen keine
kosmetischen
98 Korrekturen, sondern große Schritte für bessere Haltungsbedingungen gefördert
werden,
99 beispielsweise durch ganzjährige Weidehaltung von Robustrassen. Weiterhin sollen
mobile
100 Schlachteinrichtungen gefördert werden, um Lebendtransporte von Schlachttieren zu
vermeiden.

101 **4. Ausbau ökologischer Landwirtschaft**

102 Wir wollen den ökologischen Landbau fördern. Denn die ökologische Landwirtschaft
erfüllt
103 durch ihr Kreislaufdenken und ihren Verzicht auf Pestizide und Kunstdünger den
höchsten
104 Standard im Hinblick auf den Schutz von Wasser, Boden, Luft und Klima.
Biolebensmittel

105 weisen zudem deutlich weniger Rückstände von Pestiziden und Antibiotika auf und
sind daher
106 gesünder. Dieser Goldstandard muss besonders gefördert werden, denn er ist Vision,
Vordenker
107 und Innovator für eine vielfältige und nachhaltige Land- und Lebensmittelwirtschaft.
Durch
108 gezielte Hilfen soll die Zahl von Biobetrieben maßgeblich gesteigert werden. Derzeit
wird
109 Ökolandbau erst auf etwa 8% der landwirtschaftlichen Flächen betrieben. Wir wollen
diese Art
110 der mensch-, tier- und umweltverträglichen Landwirtschaft erheblich ausbauen. Die
Förderung
111 der Landwirtschaft soll so an ökologische Kriterien geknüpft werden, dass die gesamte
112 landwirtschaftliche Fläche in absehbarer Zeit klima- und umweltgerecht bewirtschaftet
wird.

113 **5. Zukunft der Arbeit in der Landwirtschaft**

114 Ausdrücklich räumen wir der Arbeit in der Landwirtschaft einen besonderen
Stellenwert ein.
115 Denn die ökologische Verantwortung für die Natur, die ökonomische Verantwortung für
den
116 Lebensunterhalt und die regionale Verantwortung der Vertriebswege stellen hohe
117 Anforderungen. Kleinere Betriebe wirtschaften zwar nicht automatisch ökologischer,
erfüllen
118 aber wichtige Funktionen für ländliche Räume. Wir wollen die Vielfalt der Betriebe
erhalten
119 und die Betriebe unterstützen, die durch eine ökologische Anbauweise und durch
tiergerechte,
120 kreislaufbasierte Tierhaltung die Umwelt schützen, anstatt sie zu belasten. Der
bäuerliche
121 Beruf soll wieder eine Zukunftsperspektive auch für den Nachwuchs werden.
122 Aufwendige, bürokratische Anträge und eine ungebundene Flächenprämie helfen
großen,
123 intensiven Betrieben. Daher ist es besonders wichtig, die bürokratischen
Anforderungen der
124 Gelder der 2. Säule zu senken, um Naturschutzmaßnahmen beispielsweise auch in
Mittel- und
125 Osteuropa leichter umsetzbar zu machen. Naturschutz wird auch dann eher
umgesetzt, wenn die
126 Pacht für die Flächen niedrig ist. Dem widerspricht aber die Logik der 1. Säule, die die
127 Pachten derzeit in die Höhe treibt. Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft muss die
128 Gemeinsame Marktordnung eine zentralere Position im Rahmen der GAP einnehmen
und wirksame
129 Kriseninstrumente zum Beispiel zur Mengenregulierung bei Milchmarktkrisen
beinhalten. Diese
130 sozial- und agrarpolitische Maßnahmen betreffen die gesamte Wertschöpfungskette, in
der
131 Bäuer*innen gegenüber dem vorgelagerten Bereich, der Lebensmittelverarbeitung und
dem Handel
132 sowie der Aufbau lokaler Märkte gestärkt werden müssen.

133 **6. Wissenschaft, Beratung, Bildung und Information**

134 Für die Entwicklung hin zu einer ökologischen und tiergerechten Landwirtschaft
müssen
135 Wissenschaft und Forschung viel mehr auf den Schutz von Boden, Wasser,
wildlebenden Pflanzen
136 und Tieren sowie dem Klima abzielen. Dazu muss die Forschungsförderung auf diese
137 Fragestellungen ausgerichtet und der Wissenstransfer in die Praxis gewährleistet
werden.
138 Eine fortschrittliche nachhaltige Landwirtschaft kann nur durch umfassende Beratung
entlang
139 der gesamten Wertschöpfungskette erreicht werden. In Ausbildung und Studium muss
der
140 ökologischen Landwirtschaft sowie agroökologischen Wirtschaftsweisen einen
wesentlich
141 höheren Stellenwert eingeräumt werden. Das Wissen über landwirtschaftliche
142 Produktionsprozesse und über gesunde Ernährung nimmt ab und damit auch die
Wertschätzung von
143 landwirtschaftlicher Arbeit und Erzeugnissen. Eine umfassende Ernährungsbildung in
Kitas und
144 Schulen kann die Menschen bei der Entscheidung für das richtige Lebensmittel
unterstützen.

145 **7. Regionale Wirtschaft in ländlichen Regionen**

146 Viele ländliche Regionen Europas stehen durch den Strukturwandel in der
Landwirtschaft vor
147 großen Herausforderungen. Qualifizierte Arbeitsplätze gehen zunehmend verloren,
junge
148 Menschen zieht es in die Städte und ganze Landstriche drohen zu veröden. Andere
ländliche
149 Regionen Europas wie beispielsweise Teile Rumäniens und Bulgariens besitzen noch
viel
150 Entwicklungspotential in der Landwirtschaft. Um ländlichen Regionen hier Perspektiven
zu
151 eröffnen, müssen die Gelder der GAP auch dazu beitragen, regionale
Wirtschaftspotentiale zu
152 entwickeln. So kann etwa die Gründung von Regionalmarken Verbraucher*innen für
den
153 heimischen Markt gewinnen. Wichtig dafür sind jedoch hohe Standards, damit
Verbraucher*innen
154 bei Regionalität auf gute Qualität und ökologische Erzeugung schließen können. Ein
155 Schwerpunkt soll dabei auf dem Auf- und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten,
regionaler
156 (Direkt-)Vermarktung und handwerklicher Lebensmittelverarbeitung liegen. Wie die
aktuellen
157 positiven Entwicklungen in der Biobranche und bei den Direktvermarktern zeigen, hat
Grüne
158 Politik hier schon Gewinner erzeugt. Neue Modelle der Stadt-Land-Kooperationen wie
die
159 solidarische Landwirtschaft oder Ernährungsräte können jungen Menschen auf dem

Land eine
160 Zukunft eröffnen und Menschen in der Stadt regionale Lebensmittel liefern. Wir wollen
den
161 ländlichen Raum bei der Wertschöpfung der Lebensmittelbranche maßgeblich
beteiligen und
162 ländliche Räume mit ihren spezifischen Traditionen und Kulturlandschaften
unterstützen.

163 **8. Transparente Kennzeichnung**

164 Wir wollen eine bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln, um die Agrarwende zu
beschleunigen.
165 Noch klarer ist die Kennzeichnung beim Hühnerei: eine einfache Zahl gibt Auskunft
über
166 Haltungsbedingungen der Legehennen und bietet Verbraucher*innen somit eine echte
167 Entscheidungsmöglichkeit beim Einkauf. Das Bio-Siegel bietet eine eindeutige
Orientierung an
168 der Ladentheke, die die ökologische Landwirtschaft unterstützt. Wir fordern nach
diesem
169 Vorbild eine transparente und eindeutige Kennzeichnung für alle Lebensmittel, die
170 Verbraucher*innen Klarheit über Herkunft und Herstellungsweise der Produkte bringt.
In ganz
171 besonderem Maße gilt dies für den Bereich der verarbeiteten Produkte: Hier müssen
klare
172 Herkunftskennzeichnungen und eindeutige Angaben zur Art der Erzeugung her, damit
173 Verbraucher*innen eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Damit schaffen
wir mehr
174 Transparenz, mehr Konsumentensouveränität und auch mehr Lebensmittelsicherheit.
Dabei sollen
175 kleinere Betriebe nicht mehr belastet werden als hochtechnisierte Großbetriebe. Wir
wollen
176 eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung schaffen und setzen uns ein für eine
klarere
177 Kennzeichnung von veganen und vegetarischen Lebensmitteln. Zur Agrarwende
gehört für uns
178 auch, die Lebensmittelverschwendung entlang der gesamten Warenkette durch
verbindliche Ziele
179 ebenso wie die Verpackungsflut zu begrenzen.

180 **9. Agenda 2030 und SDG 2 konsequent umsetzen**

181 Das Menschenrecht auf Nahrung muss global gesichert werden. Die globale
Agrarwende und der
182 Kampf gegen Hunger und Mangelernährung weltweit müssen zusammen gedacht
werden. Denn die
183 intensive europäische Landwirtschaft hat enorme Auswirkungen auf die
Ernährungssicherung und
184 die Ernährungssouveränität in den Ländern des globalen Südens. Entsprechend darf
auch die
185 GAP dem Grundsatz-Artikel 208 im Vertrag von Lissabon nicht widersprechen. Was
durch

186 Entwicklungsprogramme in anderen Ländern aufgebaut wird, darf nicht durch die
negativen
187 Folgen anderer Politikbereiche wieder zurück geworfen werden. Egal ob Saatgut,
Düngemittel
188 oder Pestizide - immer weniger Konzerne bestimmen in immer größerem Maße den
Agrarsektor.
189 Das schadet sowohl bäuerlichen Betrieben hier in Europa als auch Kleinbäuer*innen
weltweit.
190 EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen dürfen nicht die Märkte Afrikas, Asiens und
Latein-
191 Amerikas überfluten und so die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen
zerstören. Unsere
192 im Überschuss hergestellten billigen Lebensmittel zwingen bei uns und in anderen
Ländern
193 Bäuer*innen zur Betriebsaufgabe oder nehmen ihnen zumindest
Entwicklungschancen. Unser
194 Überschuss wird zudem auf Kosten der Ressourcen und der Fläche in den Ländern des
globalen
195 Südens produziert, die den Menschen dort für den Anbau ihrer Lebensmittel fehlen.

196 Für die nächste GAP-Reform erwarten wir von der EU-Kommission mehr als
Lippenbekenntnisse
197 zur Kohärenz mit entwicklungspolitischen Zielen. Die EU muss zum Ziel haben,
198 Kleinbäuer*innen in den Ländern des Globalen Südens dabei zu unterstützen, mit
199 agrarökologischen Methoden Lebensmittel für lokale und regionale Märkte herzustellen
und so
200 zur Ernährungssicherung beizutragen. Gleichzeitig müssen die Länder auch stärker
beim Aufbau
201 von Wertschöpfungsketten für die wachsenden städtischen Märkte unterstützt werden,
um zur
202 Entwicklung der Länder beizutragen. Mittels eines Beschwerdemechanismus muss
sichergestellt
203 werden, dass Fällen unerwünschter Auswirkungen der GAP auch nachgegangen wird,
auch wenn
204 bestehende handelsrechtliche Kategorien wie Dumping nicht erfasst werden. In der
Verordnung
205 zur GAP sollte auch ein systematisches Monitoring der externen Auswirkungen
eingeführt
206 werden. Diese Verantwortung darf die Kommission nicht auf Dritte wie
Forschungsinstitute
207 oder NGOs abwälzen.

208 **10. Fairer Agrarwelthandel**

209 Wir fordern Handelsabkommen, die hohe Standards schützen, Möglichkeiten der
210 Weiterentwicklung bieten und Anreize dafür schaffen. Regionale, nachhaltige
Landwirtschaft
211 darf durch Agrarhandel nicht gefährdet werden - weder in der EU noch anderswo. Die
212 transatlantischen Abkommen gefährden bäuerliche Betriebe und bedrohen Umwelt-
und
213 Verbraucherstandards. Der Abschluss von CETA ermöglicht, dass TTIP quasi durch die
Hintertür

214 angewendet wird. Die Interessen großer Konzerne wie große Molkereien und
Foodmultis stehen
215 dabei über den Interessen des Gemeinwohls. Die Möglichkeit des Importes
gentechnisch
216 veränderter Pflanzen oder geklonter Tiere nach Europa muss unterbunden werden. Die
Art der
217 Herstellung, Verarbeitung und Kennzeichnung von Lebensmitteln muss demokratisch
und nicht
218 vor Schiedsgerichten entschieden werden. Global und regional müssen wir faire und
219 nachhaltige Spielregeln im Agrarhandel schaffen. Dazu gehört auch, die Länder des
Globalen
220 Südens nicht durch Handelsabkommen zur Öffnung ihrer Agrarmärkte zu zwingen und
sie beim
221 Aufbau von Wertschöpfung und Erfüllung von Produktstandards zu unterstützen.

222 **Für eine Neuausrichtung der GAP nach 2020**

223 Für konsequenten Umwelt- und Klimaschutz, die Qualität der Böden, des Wassers und
der Luft
224 sowie den Schutz der Arten und Tiere unseres Planeten brauchen wir eine
Neuausrichtung der
225 Europäischen Agrarpolitik. Auch weil der Druck auf den EU-Haushalt steigt, muss sich
die GAP
226 neu legitimieren. Dabei steht für uns aber fest, dass die europäische Agrarwende
öffentliche
227 Mittel braucht. Denn nur so erreichen wir den Umbau hin zu einer ökologischen und
228 tiergerechten europäischen Landwirtschaft, die den Bäuer*innen in Europa und in sich
229 entwickelnden Ländern faire Lebens- und Arbeitsbedingungen ermöglicht und
gesundes und
230 bezahlbares Essen produziert.
231
232 In Zukunft sollen alle GAP-Zahlungen verstärkt an landwirtschaftliche Betriebe gehen,
die in
233 den Bereichen des Umwelt-, Natur, Klima- und Tierschutzes nachweislich
gesellschaftliche
234 Leistungen erbringen. Die Zahlungen sollen nicht nur eine Ausgleichs-, sondern auch
eine
235 Anreizkomponente für umwelt-, natur-, klima- und tiergerechtes Wirtschaften
enthalten.
236 Außerdem machen wir uns für einen Naturschutzfonds in Höhe von 15 Milliarden Euro
stark, der
237 die Leistungen von Bäuer*innen und anderen Landnutzer*innen im Bereich der
Biodiversität
238 honoriert.
239 Wir fordern eine transparente, ziel- und leistungsorientierte Förderpolitik, die
240 gesellschaftliche Ziele, die mit Instrumenten des Fachrechts, der Marktordnung und
einer
241 fairen Handelspolitik abgestimmt ist und das Nachhaltigkeitsziel 2 der Agenda 2030
umsetzt.
242 Durch ein systematisches Monitoring sollen die externen Effekte der GAP überprüft

werden.

- 243 Alle staatlichen Unterstützungsmaßnahmen müssen offengelegt und für alle sichtbar
sein. Der
- 244 Übergang zu einer neuen Förderlandschaft erfordert Zeit und Planungssicherheit, um
245 Landwirt*innen eine Umstellung zu ermöglichen. Solch eine Neuausrichtung der GAP
muss die
- 246 gesamte Wertschöpfungskette von den landwirtschaftlichen Vorstufen über die
Produktion, den
- 247 Handel und die Verarbeitung bis hin zu den Verbraucher*innen in den Blick nehmen.
So erhöht
- 248 sich die Akzeptanz der GAP und verbessern sich die Perspektiven der ländlichen
Räume.